

-Verein

haussaale:

von Rheinberger.

nen Familie freien

tracht".

Waller):

Damenkugung,

der uebst Damen

Vorstand.

en Zutritt.

esia".

Abends 8 Uhr,

unterhaltung,

Ritglieder freund-

Vorstand.

Neuss.

1. Mitgliedskarte

Nichtmitglieder

1 Mark.

Amolz, Greifelder-

bert Kupper, Ober-

Horrmann.

orstand.

stes

ens empfohlen

und des Menschen-

en."

Wallensteins Lager.

illon-Besitzer.

ig.

müßere,

weltt reßere,

ein Mitglied Paar

sche Zehnengeldgar,

el ob der Focht

hies Karrenloßt.

n-Sibung

ie Rittschonpausen

ne Dame frei.

ist ein

11er Rath.

stmadhrn

saaten-Gesellsch

merkrage 14.

Telephon: Nr. 2345 53.

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Größte und meistverbreitete Zeitung der Kreise: Neuß und Grevenbroich.

Redaktion: Hof. Grunau.

Expedition: Neuß, Markt 15.

Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei.

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage; Samstags in 2 Nummern und als Gratisbeilage das St. Quirinusblatt. Preis des Quartals in Neuß durch Bote ins Haus gebracht, auswärts an der Post abgeholt M. 1.75. Das Quartalsblatt wird den Abonnenten gegen einen Nachschlag von 20 Pfg. pro Quartal beigegeben.

Inserate finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und bei dem häufigsten Besichtigung unserer Blätter die beste Wirkung. Preis für die 6-spaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg. Bei größeren Anzeigen und längerer Wiederholung entsprechende Rabatte. Anzeigen erbeten an die Expedition bis 7 Uhr Abends für die Nummer des folgenden Tages. Anzeigen-Nachnahme durch alle hiesigen Anzeigen-Expeditionen.

Nr. 26.

Donnerstag den 3. Februar 1898. (Blatt.)

25. Jahrgang.

Abonnements
auf die
Neuß-Grevenbroicher Zeitung
für die Monate
Februar und März
Können noch jederzeit bei der Post, bei unseren Agenturen und Boten, sowie für die Stadt in unserer Expedition, Markt Nr. 15, gemacht werden.
Ergebenst
Redaktion und Verlag
der
Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Lea XIII. an die katholische Presse Deutschlands.

Aus Anlaß des diamantenen Priesterjubiläums unseres geliebten heiligen Vaters hatte der „Augustinus-Verein“ zur Pflege der katholischen Presse, zu dessen Mit-

Augustinus-Verein, dessen Vorsitz Du in verdienter Weise fährst, an den heiligen Vater gerichtet hat, um ihm zur glücklichen Vollendung des sechzigsten Jahres Seines Priesterthums Glück zu wünschen, hat Se. Heiligkeit sehr gern entgegengenommen. Beweise der Hingebung sind dem Hohenpriester angenehm von jedweden Gläubigen, vor Allem und ganz besonders aber von denjenigen, die weil sie sich dem Zeitungsberufe widmen, die günstige Gelegenheit haben, dieselbe Hingebung in den Gemüthern Anderer zu hegen und zu pflegen. Der erhabene Hohenpriester gibt Seiner Gungthung Ausdruck, daß Ihr danach in täglicher eifriger Arbeit strebt, und lobt Eueren Vorlag, nicht um Fingersbreite von den Vorschriften und Rathschlägen abzuweichen, die vom Apostolischen Stuhle für die Herausgeber von Zeitungen veröffentlicht worden sind. Damit dieser Euer Vorlag glückliche Bewirtlichung finde, ertheilt Se. Heiligkeit dem gesammten Augustinus-Verein in liebevoller Gesinnung den Apostolischen Segen.

Mit dem Ausdruck aufrichtiger Hochachtung
ergebenst
(geg.) M. Carb. Rampolla.
Rom, 26. Januar 1898.

Deutschland.

* Berlin, 2. Februar.

Der Reichstag bewilligte am Montag bei der zweiten Lesung des Etats die Erhöhung des Gehalts des Reichskanzlers von 54.000 Mk. auf 100.000 Mk. Dafür waren Centrum, Reichspartei, Konservative, National-liberale, dagegen Socialdemokraten und Freisinn. Namens des Centrums sprach Dr. Lieber; derselbe legte die Nothwendigkeit dar, warum eine Erhöhung geboten sei; es müsse der Kanzler, der oberste Vertreter des Reichs, in den Stand gesetzt werden, den gesellschaftlichen Anforderungen zu genügen, ohne aus eigener Tasche zuzulegen. Da die Regierung versprochen habe, in der nächsten Tagung die Unterbeamten aufzu-

Vorschläge für die Ausbesserung machen und ihre Ausführung überwachen soll. Abg. Dr. Lieber war Namens des Centrums für Annahme der Resolution; einen Gegener fand er in dem Abg. Richter (fr. Sp.). Damit war das Reichsamt des Innern erledigt. — Beim „Etat der Justizverwaltung“ bemerkte Staatssekretär Kieberting, daß man, sobald sich Zeit finde, der Einführung von obligatorischen Schiedsgerichten näher treten werde. Eine Deportation von Verbrechern nach den Kolonien sei wegen der klimatischen Verhältnisse nicht möglich. Abg. Auer (Soz.) beklagte sich über die schlechte Behandlung von politischen Verbrechern. Staatssekretär Kieberting entgegnete, daß das Strafgesetzbuch für Verbrechler keine besonderen Vorschriften habe. Auf Anregung des Abg. Trimborn (L.) erklärte sich Staatssekretär Kieberting bereit, den von Trimborn gemachten Vorschlag, die Zahl der überhörsfähigen Mitglieder an den einzelnen Senaten des Reichsgerichts zu vermehren, in Erwägung zu ziehen.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Montag die Beratung des landwirthschaftlichen Etats fort und bewilligte nach längerer Debatte das Gehalt des Ministers. In der Diskussion drückte Abg. Graf Schwerin-Löwis (Konf.) seine Genugthuung über die Aufhebung des Vöcklermineralhandels aus, während sich die Abgg. Jansen (L.) und Samula (L.) über die ländliche Arbeiternoth verbreiteten. Letzterer regte auch eine Entschädigung für diejenigen Landwirthe an, die durch Wale aus den Jährlücken Verluste erleiden. Abg. Klose (L.) wünschte, daß für die an Tuberkulose erkrankten Thiere die volle Versicherungssumme gezahlt würde. Abg. Leppelmann (L.) betonte, daß auch der kleine Banerstand im Westen von der neuen Erklärung des Ministers angenehm berührt sei. Nachdem Abg. Gerold (L.) beim Kapitel „General-commissionen“ sich für eine Vermehrung des Personalstands in diesen Commissionen ausgesprochen hatte, wurde die Debatte vertagt.

Veränderung der Konkursordnung. Dem Reichstage sind nunmehr auch Entwürfe eines Gesetzes, betreffend die Veränderungen des Konkursrechts sowie eines zugehörigen Einführungsgesetzes zugegangen.

auf Anregung des Reichskanzlers aus diesen in den einzelnen Bundesstaaten vorgenommenen Erhebungen haben indeß ergeben, daß sich die Konkursordnung in ihren Grundzügen bewährt hat; sie habe nicht erkennen lassen, daß das geltende Konkursrecht so schwerwiegende Mängel nach sich gezogen hätte, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen, welche auf einen raschen Abschluß der Gesetzesrevision hindrängen und eine erschöpfende Würdigung tiefgreifender Abänderungsvorschläge kaum gestatten, an eine erhebliche Umgestaltung des Gesetzes heranzutreten werden müßte. Auch die wirtschaftlichen Zustände, durch welche jene weitgehenden Abänderungsvorschläge hauptsächlich hervorgerufen waren, haben sich neuerdings wesentlich günstiger gestaltet. Die Zahl der eröffneten Konkurse ist nach der „Frei. Stg.“ seit dem Jahre 1892 nicht unerheblich zurückgegangen. Während 1892 auf je 100.000 Einwohner 17.7 eröffnete Konkursverfahren kamen, beträgt diese Zahl 1896 nur 11.9.

Zur Militärstrafprozessreform wird der „Frankf. Stg.“ aus Berlin geschrieben, daß der Widerstand gegen die Öffentlichkeit des Verfahrens nicht vom Kaiser ausgehe, sondern von den Generalkommandos. Ueberhaupt seien extreme militärische Einflüsse vorhanden, die jedem Zugeständnisse widersprechen.

Die Erklärung des Landwirtschaftsministers im preussischen Landtage, die Regierung werde der Landwirtschaft in Zukunft einen kräftigeren Schutz zuwenden, als bisher, wird in der Presse aller Parteien freudigst erörtert. Die Presse des Bundes der Landwirthe ist entzückt, sie hört aus der Erklärung noch etwas mehr heraus, als erhöhten Schutz landwirthschaftlicher Interessen, die Herren v. Blöth und Genossen, die, wenn auch nicht offiziell, so doch für alle Zeit den Antrag Ramst haben verschwinden lassen, hatten jetzt ihre Zeit für gekommen. Diese Befürchtung ist es, die sogar in der sonst doch sehr regierungsfreundlichen „Köln. Stg.“ zum Ausdruck kommt. „Auch wir“, so schreibt sie, „betrachten den Vorschlag von 3.50 Mark nicht als eine unabänderliche Naturalnotwendigkeit, aber wir besorgen, daß die Berücksichtigung der Wünsche der Agrarier dazu führen wird, daß die Regierung der Industrie und dem Handel nicht mehr diejenige Beachtung schenkt, auf die sie ebenso gut Anspruch haben, wie die Landwirtschaft.“

